

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 307 | 11/2022 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA 
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE
SLP 
Sozialistische LinksPartei

FRAUEN, LEBEN, FREIHEIT!



25.11.: VOM IRAN

BIS ÖSTERREICH

AUS DEM INHALT

» **Betriebliche und gewerkschaftliche Demokratie** sind zentral für erfolgreiche Kämpfe im Sozialbereich
Seite 5

» **Die Ereignisse im Iran** halten die Welt in Atem. Ein Blick auf Geschichte, aktuelle Lage und Programm
Schwerpunkt

» In vielen Staaten haben **Rechte und Ultrarechte Wahlerfolge** – woran das liegt, und warum das kein Zufall ist
Seite 16

WER
WIR
SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung - und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen - und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine

TERMIN DES MONATS
SOMMERCAMP 2023

20.-27.8. 2023
Kärnten/Koroška
Das Sommercamp am Turnersee
von ISA und Rosa

Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsräte*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam - und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

jeweils Montag, 19:00 Uhr

LINZ

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

auf Nachfrage

VÖCKLABRUCK

auf Nachfrage

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnhstraße 35A

ISA Brigittenau 1

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Wegen Corona können die Treffen unterschiedlich stattfinden. Aktuelle Infos unter [slp.at/kalender](#), Einwahltdaten für Online-Treffen unter [slp@slp.at](#) erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:
Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Eine Woche von Diskussionen und Sonne, von Arbeitskreisen und Lagerfeuer, von Internationalismus und Schwimmen. Im Zelt, Bungalow oder Einzelzimmer, mit oder ohne Kinder. Mit Gästen aus der ganzen Welt. Mehr Infos folgen, Anmeldung ab sofort möglich.

Teuer, Teurer, am Wütendsten

von Sonja Grusch

Die Inflation galoppiert. Für alle ohne Spitzeneinkommen ist sie weit höher als offiziell. Denn die Preise für Wohnen, Transport und Lebensmittel steigen noch schneller.

Höchste Inflation seit 70 Jahren

Firmen nutzen die Chance, um sich mit Preiserhöhungen Extra-Gewinne zu holen. Die Maßnahmen der Regierungen - Bund und Land - sind spät, halbherzig und viel zu wenig. In den Lohn-Verhandlungen im Metallbereich erklärt der Kapital-Vertreter Knill: „Die Teuerungskrise betrifft uns alle und wir müssen uns auch alle auf einen gewissen Wohlstandsverlust einstellen.“ Zynischer geht es kaum, beweist ein Blick auf die Profit-Entwicklung: OMV (x2) und Verbund (+150%). Auch die energieintensive Voest konnte ihren Gewinn vervierfachen (x4!). Wienerberger und AMAG verdoppeln (x2). Wer jetzt aber meint, die Firmen würden damit „Arbeitsplätze schaffen“ und „investieren“, irrt. Auch Gewinnausschüttungen und Dividendenzahlungen explodieren. Noch absurder wird es, wenn die Wirtschaftskammer Österreich behauptet, dass durch die Regierungsmaßnahmen - je nach Einkommen - 50–100% der Teuerung abgegolten wäre. Stimmt nicht!

Hallo ÖGB: Leg mal einen Zahn zu!

Die bisherige Linie des ÖGB war bestenfalls zahnlos. Appelle an die Regierung, Maßnahmen gegen die hohen Preise zu setzen sind - erwartungsgemäß - ohne Konsequenzen geblieben. Die ÖGB-Führung hofft auf Neuwahlen und dass die SPÖ dann alles besser machen würde. Eine Illusion, wie der Blick auf die Teuerung bei Wien Energie und den Gemeindebaumieten zeigt.

Seit September nehmen die Lohnverhandlungen an Fahrt auf. Bei den

Forderungen im Handel und Sozialbereich, im Öffentlichen Dienst und bei Metaller*innen und Bahn wird durchwegs klargemacht: Unter der Inflation geht nix. Das ist auch nötig, sind die Reallohnverluste doch dramatisch. Klar ist: Den Worten müssen Taten folgen. Die übliche Verhandlungs-Dramaturgie (Fordern - Verhandeln - Betriebsräte*innenkonferenz - Verhandeln - Betriebsversammlungen - Verhandeln - ein paar Stunden Warnstreik - fauler Kompromiss) ist diesmal noch unzureichender als bisher.

Tatsache ist aber auch, dass viele Kolleg*innen gar nicht mehr erwarten, dass die Gewerkschaft echten Widerstand organisiert. Die Gewerkschaftsführung nutzt das dann als Ausrede für ihre miesen Deals mit dem Argument „Die Kolleg*innen wollen halt nicht kämpfen“. Blödsinn! Das Problem ist nicht die mangelnde Kampfbereitschaft der Basis, sondern der Führung. Die Kolleg*innen wissen sehr genau, wann sie für eine Medien- oder Dampfablass-Aktion antanzen sollen.

Dass Kämpfen besser geht, wenn die, die vor Ort kämpfen, vorbereiten, entscheiden und durchführen, sollte eigentlich klar sein. Die Gewerkschaftsführung hat vor einer aktiven Basis fast noch mehr Angst, als vor den Angriffen von Regierung und Kapitalist*innen. Doch ohne diese aktive Basis geht nichts. Die müssen wir aufbauen: In Betrieben, betriebsübergreifend und branchenübergreifend. Nicht getrennt kämpfen, sondern gemeinsam. Betriebsversammlungen von Handel und Metall gemeinsam, Demos von Lehrer*innen, Sozialbereich und ÖBBler*innen zusammen ... fassen wir die Kämpfe zusammen, um stärker zu sein. Schluss mit faulen Kompromissen, Schluss mit Warten auf eine „bessere Regierung“ - erkämpfen wir, was uns zusteht!

Alle Forderungen
durchsetzen
**Streiks
ausweiten!**



ÖVP:

Schwarz, Türkis oder doch Blau?

von Peter Hauer

In Umfragen vom 23.10 steht die ÖVP gleichauf, teilweise hinter der FPÖ. Bei den Landtagswahlen in Tirol verlor sie fast 1/4 der Stimmen. Seit die Message-Control mit Sebastian Kurz fiel, werden die partiointernen Widersprüche wieder offen diskutiert. Es häufen sich Aus-, Rück- oder Übertritte. Ein Paukenschlag war der Rücktritt von Sachslehner, der ehemaligen Generalsekretärin. Es war Kritik von Rechts an der Koalition und über den künftigen Kurs der ÖVP. Thomas Schmid trifft mit seinen Aussagen gegen Sebastian Kurz, Sobotka & Co., somit gegen einige der wichtigsten Player, die ÖVP bereits in einer tiefen Krise und vertieft diese weiter.

Der türkise Lack ist ab

Diese Krise ist Ausdruck einer generellen Krise des politischen Establishments. Viele bürgerliche Parteien versuchen sich neu aufzustellen, verstärkt auf „traditionelle Werte“, law & order und Rassismus zu setzen. Eine geradlinige „Trumpisierung“ der ÖVP ist aufgrund ihrer trügen Struktur schwierig. Kurz versuchte die Partei zu zentralisieren, um stärker in so eine Richtung zu gehen. Als vermeintlich „jung, neu, unverbraucht“ und damit kurzzeitigen Zugewinnen bei Wahlen hat es Kurz geschafft, die Partei zu vereinen, mit Message-Control hielt er sie auf Spur und hat damit die Widersprüche „vorerst“ gelöst.

Kurz war eine stärkere Orientierung auf das Großkapital. Sein Programm wurde stark von Spenden der Superreichen „motiviert“ (Stefan Pierer, KTM, ~500.000 wünschte sich den 12h Tag, Heidi Horten ~1.000.000, ...). Wie stark die Verstrickungen sind, erzählt Schmid, aber es ist wichtig zu betonen, dass Korruption ein zentraler Bestandteil des Kapitalismus

ist, und dies nicht die ersten Korruptionsvorfälle in der ÖVP sind.

Das Vermächtnis von Kurz

Nach dem Fall von Kurz ist der Machtkampf um die Parteilinie ausgebrochen. Die Auswüchse zeigen sich z.B. darin, dass im Tiroler Wahlkampf Nehammer nicht gewünscht wurde und die ÖVP als Liste Mattle antrat. Das Auftreten von Listen ist Zeichen der politischen Krise. Denn ein Nebeneffekt des Föderalismus, vor allem in Anbetracht der historischen Krise des Kapitalismus, ist, dass die Landes- und Regionalpolitik den Druck der Bevölkerung heftiger spüren und von der Bundeslinie abweichen.

Für die Bundes-ÖVP bedeutet es eine massive Schwächung, wenn sie die Unterstützung aus den Ländern verliert. Konkret wettert die ÖVP in Tirol und Oberösterreich gegen die Russland-Sanktionen und fordert (wie die FPÖ) eine „Evaluierung“. Ein bisschen populistische Anti-EU-Rhetorik (und Anti-Wien-Rhetorik) darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie von EU-Geldern abhängig sind.

Wackelige Führung

Die Bundesführung versucht der Debatte einen Riegel vorzuschieben, aber nicht einmal Nehammers eigene Position ist stabil. Bereits im Sommer gab es Ablösgerüchte. Dass Nehammer mit 100% zum Parteichef gewählt wurde, wirkt inszeniert. Abwegig ist dieses Ergebnis trotzdem nicht, weil es kaum Alternativen zu Nehammer gibt. Der Obmann-Sessel ist im Moment ein Schleudersitz.

Die Serie von Krisen (Wirtschaft, Corona, Energie etc) hat alle Parteien in die Krise gestürzt, so auch die ÖVP. Mit dem Abgang von Kurz sind

führende Teile der türkisen Fraktion gegangen worden. Der schwarze Kern der ÖVP wirkt planlos. Martin Kocher, einer der Schwergewichte innerhalb der Koalition, wird als Nachfolger von Nehammer gehandelt. Kocher ist allerdings kein Parteimitglied und verfügt deshalb kaum über Rückhalt aus einem der Bünde der ÖVP. Eine stabile Basis wäre das also auch nicht. Die ÖVP hofft, dass die Regierung sich bis zum Ende hält und es nicht zu vorgezogenen Neuwahlen kommt. So oder so, die Krise der Partei ist nicht vorüber, da sie nur Symptom einer tiefen politischen Krise an sich ist.

Info:

Die ÖVP ist aktuell tief in der Krise. Nach dem Zentralisierungsversuch unter Kurz treten die alten Konflikte zwischen den Bünden (JVP, Arbeiter*innen-, Bauern-, Senioren-, Wirtschafts- und der Frauenbund) und Bund-Land wieder in den Vordergrund. Am stärksten sind der Bauern- und Wirtschaftsbund, aber auch die katholische Kirche hat erheblichen Einfluss (wenn auch nicht offiziell gelistet). Sie alle repräsentieren verschiedene Interessen, die in Kontrast zu einander stehen.

Seit jeher lässt sich die Geschichte der ÖVP als Kampf dieser Bünde beschreiben. Der Bauernbund hätte z.B. gerne eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, der Wirtschaftsbund will die Profite der Gastro schützen und stellt sich quer. Aber auch Landesfürst*innen und Regionalpolitiker*innen stellen sich quer, z.B. wenn es um die Russlandsanktionen geht.

Lehrer*innen: Warten auf Vertrag & Geld!

von Sonja, Junglehrerin in Wien

Beim Berufseinstieg im September erwarteten Junglehrer*innen in Wien einige böse Überraschungen: Von Kolleg*innen erfuhren sie, dass sie den Dienstvertrag wahrscheinlich erst im April bekommen und mit dem Gehalt sollten sie frühestens im Oktober rechnen. Zusätzlich mussten einige feststellen, dass sie nicht einmal versichert sind. Daraus folgte die Ungewissheit, ob Rechnungen bezahlt werden können, die Angst, unversichert ins Krankenhaus zu müssen und die Unmöglichkeit, einen Mietvertrag zu unterzeichnen, bei dem das Monatsgehalt angegeben werden muss. Für diese prekären Arbeitsbedingungen ist die Bildungsdirektion Wien verantwortlich und mit ihr die SPÖ-Neos Stadtregierung.

Obwohl von Wien ausgehend historisch gesehen unter der Sozialdemokratie einige zentrale Fortschritte im Bildungsbereich erreicht wurden (wie die Einführung von Horten und Kindergärten), kann sich die seit jeher an der Stadtregierung beteiligte SPÖ



damit schon seit Jahrzehnten nicht mehr rühmen. Unter SPÖ-Unterrichtsministerin Schmied wurde das neue Lehrer*innendienstrecht eingeführt. Darin wurde das Unterrichtspraktikum durch die Induktionsphase im ersten Unterrichtsjahr ersetzt. Früher übernahm die neue Lehrperson pro Fach eine Klasse von ihrem*ihrer Mentor*in, welche*r die Stunden voll bezahlt bekam und so genügend Ressourcen hatte, bei der Vorbereitung und Nachbereitung zu betreuen. Bei der Induktionsphase hingegen können Junglehrer*innen bis zu 24 Stunden im Unterricht eingesetzt werden, der*die Mentorin betreut zusätzlich zur eigenen Lehrverpflichtung und erhält dafür eine Aufwandsentschädigung. Es ist unübersehbar, dass es sich hier

um eine Sparmaßnahme auf Kosten von Lehrer*innen und in Folge auch Schüler*innen handelt.

Gleichzeitig erhalten Unternehmen Coronaförderungen in Milliardenhöhe. Im Bildungsbereich wird wie im Sozial- und Gesundheitsbereich ganz im Sinne der kapitalistischen Logik gespart, damit die Gelder, die gerade dort so dringend nötig wären, Profite absichern. Dass wir von Seiten der SPÖ dahingehend auf keine Verbesserungen zu hoffen brauchen, zeigt sich nicht nur in ihrer Politik, sondern kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie in Wien den Posten des Stadtschulrats dem neoliberalen Christian Wiederkehr überlassen.

Wien: Längst nicht mehr anders!

von Albert Kropf

Das Jahr 2000 brachte die erste blau-schwarze Regierung. Für die SPÖ war traumatisch, dass sie von den Futterträgen der Bundespolitik verstoßen wurde. Damals wurde die Legende von „Wien ist anders“ geboren, als Gegenentwurf zum blau-schwarzen Neoliberalismus. Seitdem hören wir das, wenn die SPÖ im Bund die Oppositionsbank drückt.

Allerdings hat es schon 2000 nicht gestimmt (Stichwort: Outsourcing) und tut es heute schon gar nicht. Erst im September wurden die Kosten für

Gas, Fernwärme und Strom fast verdoppelt. Für Jänner sind die nächsten Gebührenerhöhungen angekündigt. Eine Alternative bei galoppierender Inflation für die normale Bevölkerung sieht anders aus. Strom, Gas, Wasser, Kanal und Heizung sind Grundbedürfnisse und keine „Cash-Cows“ für die leere Stadtkassa von Wien. Und jetzt sind sie wegen Misswirtschaft nicht einmal das, sondern müssen, wie die Wien-Energie, mit Steuergeld gestützt werden.

Wie eine andere Stadtpolitik aussehen kann, hat das englische Liverpool in den 1980er Jahren im Kampf

gegen die neoliberale Politik Thatchers gezeigt. Die aus London verordneten Kürzungen wurden nicht, dafür aber ein öffentliches Investitionsprogramm umgesetzt. Sinnvolle Jobs wurden geschaffen, Armut bekämpft. Gestützt hat sich die Stadtregierung nicht auf Verfassungs-, Rechts- oder Wirtschaftsexpert*innen, sondern auf die Bevölkerung. Die hat sie mit Streiks und Demonstrationen politisiert und in den Kampf eingebunden. Das „andere“ Wien der SPÖ hingegen unterscheidet sich nur in der Farbe des Parteibuchs von der Bundespolitik.

Logistik: Logisch nur für Profite

beide Artikel von Severin Berger

In den Jahrzehnten des Neoliberalismus wurde durch Globalisierung und weltweite Verstrickung der Lieferketten der Transportsektor immer wichtiger. Allein 2000-19 stieg die jährliche Anzahl von see-transportierten Containern in EU-Ländern von etwa 45 auf über 100 Millionen - in derselben Zeit stieg der Wert von exportierten Waren in Österreich von 120 auf fast 240 Milliarden US-Dollar.

Dieses enorme Wachstum kann nicht allein durch technische Innovationen gestemmt werden, es bedarf auch einer generellen Steigerung der Arbeitskraft. Schaut man sich die Statistiken an, ist relativ schnell zu erkennen, dass der Transportsektor hierzulande jedoch im selben Zeitraum kaum einen Zuwachs an Beschäftigten verzeichneten konnte: Wie kann dieser Widerspruch erklärt werden?

Liest man gewerkschaftliche Berichte und Arbeitssicherheit-Studien wird klar, dass die Arbeitsverdichtung im Logistikbereich

Betrieb & Gewerkschaft



international seit Jahrzehnten zunimmt. So schreibt die deutsche Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin: "Hohe körperliche Anforderungen, hohe Arbeitsintensität und lange Arbeitszeiten [...] kennzeichnen die Arbeitsbedingungen". Zusätzlich werden immer mehr Jobs auf Menschen in Billiglohnländern abgewälzt, wodurch die Lage für Beschäftigte noch prekärer wird: über 50% der Seeleute und Offiziere stammen aus Ländern des Globalen Südens: Philippinen, China, Indonesien, Indien usw.

Doch ein Ende der neoliberalen Ära zeichnet sich ab: fortschreitende De-Globalisierung und die Corona-Krise haben starke Auswirkungen auf den Transport & Logistik-Sektor.

Beschäftigte dort waren unter den ersten, die von der Covid-Krise getroffen wurden. Unternehmen haben oft die Pandemie verwendet, um Jobs zu kürzen oder Löhne nicht zeitgerecht auszuzahlen, während sie gleichzeitig ihre Profite hoch hielten.

Auch die Klimakrise führt innerhalb der Branche zu großen Problemen. Trockene Flüsse hindern den Binnentransport per Schiff, was wiederum dazu führt, dass viele Häfen zu Stauplätzen werden und das Schienennetz dem Mehrbedarf nicht gerecht wird - in beiden Bereichen sind es die Arbeiter*innen, die diese Probleme am meisten spüren. All das führt nicht nur zu Burnouts und Frustration, sondern auch immer öfter zu Arbeitskämpfen in dem Bereich!

Nichts zu verlieren als unsere (Liefer-)Ketten!

Die wichtige Position des Transport- und Logistiksektors im globalen wirtschaftlichen System gibt den Beschäftigten potentiell eine unglaubliche Macht. Wir sehen momentan eine Reihe von Arbeitskämpfen auf der ganzen Welt. Viele davon werden von den jeweiligen ISA-Sektionen unterstützt. So zum Beispiel in Deutschland, wo es Ende August zu Streiks in den Häfen von Bremen und Hamburg kam. Dabei gingen mehr als 12.000 Beschäftigte auf die Straße, um sich für einen Inflationsausgleich und Arbeitszeitkürzungen einzusetzen.

Ende Juni traten mehr als 80.000 Eisenbahner*innen in Großbritannien über mehrere Tage in den Streik, um sich gegen den Arbeitsplatzabbau und immer prekärere Arbeitsbedingungen zu wenden. Auch in anderen Transportsektoren gab es Arbeitskämpfe auf der Insel - so erreichten z.B. Teile der Belegschaft am Flughafen London Heathrow eine Lohnerhöhung um 18%.

Auch in den USA gab es in den letzten Jahren immer mehr Aktivität im Logistikbereich. Allen voran natürlich der Logistik- und

Einzelhandelskonzern Amazon. Die Amazon Labor Union wurde zum Symbol des neuen Gewerkschaftsschwungs in den USA, in dem vor allem junge, weibliche und farbige Arbeiter*innen an vorderster Front kämpfen.

Dies ist nur ein kleiner Auszug der stattfindenden Bewegungen - Bewegungen, die immer häufiger zum erfolgreichen Beispiel für weitere Kämpfe werden. Globale Krisen und das globale System Kapitalismus können nur global bewältigt werden durch die Sprengung der Profitketten!



Special zu den SWÖ-Verhandlungen Teil 5

Vorschläge, um die Situation der mehr als 250.000 Kolleg*innen in privater Pflege und Sozialeinrichtungen nachhaltig zu verbessern.

Arbeitskampf braucht Demokratie wie Luft zum Atmen

von Christoph Glanninger

Die SWÖ-Verhandlungen laufen seit September. Um die Forderung von 15% bzw. mindestens 350.- sowie Arbeitszeitverkürzung zu erreichen braucht es die volle Kampfkraft. Doch in vielen Belegschaften sind die Verhandlungen kaum präsent – das ist hinderlich für einen erfolgreichen Arbeitskampf.

Diese mangelnde Einbindung der Beschäftigten ist eng verbunden mit dem top-down-Zugang der Gewerkschaftsspitze. Bei den Verhandlungen wird nicht etwa zuerst in Diskussionen in den Belegschaften, auf Betriebsversammlungen und Betriebsrät*innenkonferenzen ein Forderungskatalog erarbeitet. Stattdessen entwirft diesen ein kleines Team aus Gewerkschaftsfunktionär*innen und wenigen Betriebsrät*innen. Dieses Vorgehen führt zu Forderungen, die den Bedürfnissen der Beschäftigten nur teilweise entsprechen und dementsprechend auch weniger mobilisierend sind – so fehlt trotz Überarbeitung und explizitem Wunsch die Forderung nach besserem Personalschlüssel.

Das ist nicht nur undemokratisch, es schwächt auch die Kampfkraft. Wenn Beschäftigte von Anfang an entscheiden, was sie fordern und wie sie dafür kämpfen wollen, gibt es auch eine höhere Beteiligung und einen stärkeren Arbeitskampf. Ein Beispiel dafür sind die Streiks an der Berliner Charité 2021, in deren Vorfeld durch

ausführliche Diskussionen in der gesamten Belegschaft ein gemeinsames Forderungspaket erarbeitet wurde und die durch gewählte Vertreter*innen an den Stationen demokratisch kontrolliert waren.

In Österreich hat die kämpferische Basisinitiative "Wir sind sozial aber nicht blöd" (die ISA-Mitglieder gemeinsam mit anderen organisieren) im Vorfeld der KV-Verhandlungen gefordert, auf einer bundesweiten Betriebsrät*innenkonferenz über die Forderungen zu entscheiden und sich dadurch auch auf den Arbeitskampf vorzubereiten. Durch Druck von unten ist jetzt zwar so eine Konferenz am 24.11. – aber so spät hat sie deutlich weniger Einfluss auf Forderungen und Arbeitskampf.

Urabstimmungen als zentraler Bestandteil gewerkschaftlicher Demokratie

Aktuell entscheidet ein Verhandlungsteam aus wenigen dutzend von der sozialdemokratischen FSG ausgewählten Betriebsrät*innen einen Abschluss für mehr als 100.000 Beschäftigte. Bei den letzten Verhandlungen vor 3 Jahren hat das – trotz mehreren Streiks – zu einem sehr schlechten Abschluss geführt, der jetzt viele vor die Frage stellt "Bringt Kämpfen überhaupt etwas?". Schon damals haben kämpferische Betriebsrät*innen Urabstimmungen in einigen Betrieben

durchgeführt – bei denen sich die überwältigende Mehrheit gegen den Abschluss ausgesprochen hat. Auf der bundesweiten Betriebsrät*innenkonferenz am 24.11. werden Aktive von "Sozial aber nicht blöd" gemeinsam mit anderen unter anderem den Antrag mit der Forderung nach Urabstimmungen einbringen.

Auch wenn noch viel zu tun ist, um die Gewerkschaft wieder zur Kampforganisation zu machen, hat Druck von unten in den letzten Jahren viel geändert: Der SWÖ ist wohl die Branche mit der meisten Basisaktivität. Ergebnisse davon sind z.B. die bundesweite Betriebsrät*innenkonferenz im November, die radikalen Forderungen auf der Wiener Betriebsrät*innenkonferenz, regelmäßige Streiks und die große Rolle, die kämpferische Betriebsrät*innen bei der Organisation des Arbeitskampfes in Wien spielen. In Wien war die Streikbewegung in den letzten Jahren auch am kämpferischsten. Das zeigt: Der Kampf um gewerkschaftliche Demokratie und echte Verbesserungen geht nur Hand in Hand.

Info

GPA und vida verhandeln aktuell für die private Sozialwirtschaft (SWÖ). Direkt betroffen sind über 120.000 Beschäftigte von Pflege bis Behindertenarbeit. Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz usw. orientieren sich daran.

Rosa organisiert Iran-Proteste

Die sozialistisch-feministische Initiative Rosa hat umgehend auf die Ereignisse im Iran (siehe Schwerpunkt) reagiert. Beginnend mit kleinen Kundgebungen hat Rosa, gemeinsam mit linken Iraner*innen, der ISA und anderen viel organisiert. Am 27.9. demonstrierten über 2.000 bei der bis dahin größten linken Iran-Demo seit Jahrzehnten. Am 8.10. waren es schon bis zu 5.000. Rosa berichtet: "Auf der Demo wurde betont, dass Selbstorganisierung von unten und Massenstreiks notwendig sind." Am 14.10. gab es eine große Aktion auf der Mariahilferstraße, am 17.10. folgte eine Kundgebung vor der Universität Wien anlässlich des internationalen Aktions-tages von und für Schüler*innen und Studierende. Dazwischen unzählige Verteil- und Mobilisierungs-Aktionen mit dutzenden neuen Aktivist*innen sowie Veranstaltungen und Diskus-sionen. Die linken Proteste in Wien sind einzigartig und international Vorbild. Hier dominieren nicht Schah-Anhänger*innen (die mit viel Geld und Fahnen versuchen, die Bewegung zu kapern), sondern junge, weibliche, kurdische und proletarische Aktivist*innen. Rosa und ISA schlagen ein Programm für die



Bewegung im Iran und international vor, das mit neuen Rosa Farsi FB und Insta-seiten direkt ins Land getragen wird. Der Umgang mit der Botschaft, Schah-Anhänger*innen und den Gewerkschaften werden in Veranstaltungen ebenso disku-tiert wie die Revolution von 1979 und die Rolle des Imperialismus.

Für die Großdemonstration in Berlin am 22.10. organisierte Rosa einen Bus und der Demoblock war ein lautstar-ker Attraktionspool. "Nein zu Mullahs, Schah und Imperialismus - Freiheit durch Sozialismus" stand auf dem Rosa/ISA Transparent. Mit dabei die 2. Auf-lage unserer neuen Broschüre, die schon

nach 1 Woche ausverkauft war. Und am 23.10. trafen sich rund 70 Aktivist*innen in Wien zur "Konferenz der linken So-lidaritätsbewegung zur Unterstützung des Aufstandes im Iran". Beschluss-nen wurde ein Manifest, das u.a. klarstellt: "mit dieser Bewegung kommt der Tag näher, an dem wir als große Mehrheit der Bevölkerung ein sozialistisches System aufbauen werden, das weltweit nicht auf Profiten weniger, sondern auf den Bedürfnissen von Mensch und Natur basiert und echte Freiheit garan-tiert." Die Bewegung ist nicht vorbei - die Arbeit von Rosa auch nicht. Werde aktiv mit uns!

1.10.: Pro-Choice-Kundgebung in Salzburg

von Celina

Am 1.10. haben Rosa und ISA-Akti-vist*innen eine Kundgebung gegen den jährlich in Salzburg stattfinden-den „Marsch fürs Leben“ veranstaltet. Ziel war, gegen konservative Funda-mentaliste*innen zu demonstrieren, die das Abtreibungsrecht angreifen wollen. Erst zwei Wochen zuvor hatten diese stark nach Berlin organisiert – sahen sich aber auch dort einer star-ken Gegenmobilisierung gegenüber.

Trotz Regen konnten wir eine erfolg-reiche und notwendige Kund-gebung veranstalten. Viele waren extra angereist, viele hielten Reden und verteili-ten Flyer, um über die Gefahr, die von diesen Abtreibungs-gegner*innen ausgeht, aufzuklären. Hinter der Demonstration steht die

christlich-fundamentalistische Orga-nisation „Jugend für das Leben“, die enge Beziehungen zur international vernetzten Antiabtreibungsorganisa-tion „Human Life International“ (HLI) besitzt. HLI lehnt nicht nur das Recht auf Abtreibung, sondern auch auf Ver-hütung und selbstbestimmte weibliche Sexualität ab. Jugend für das Leben hat aber auch Verbindungen in die Politik, katholische Kirche und rechtsextreme Szene. Diese und andere Proteste zei-gen: Das Recht auf Abtreibung ist nicht in Stein gemeißelt, muss immer wie-der verteidigt werden und wird im-meer häufiger von Konservativen und Rechten angegriffen. Die neuen Rosa-Aktivist*innen organisieren sich dagegen!



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 307 | 11/2022 | Schwerpunkt



AUFSTAND IM IRAN:

„FRAU, LEBEN, FREIHEIT“

von Nico Rastelli

„Jin, jiyan, azadi!“ (dt. Frau, Leben, Freiheit) lautet das Motto der revolutionären Bewegung im Iran. Seit September gehen vor allem Frauen, ethnische Minderheiten und junge Menschen mutig auf die Straße. Auch Lehrer*innen und Beschäftigte der Öl- und Petrochemischen Industrie schließen sich durch Streiks der Bewegung an.

Der Mord an Jina Amini, einer 22-jährigen Kurden, am 13.9. durch die Sittenpolizei war der Auslöser der Proteste. Daraufhin brachen Demonstrationen los, die sich rasch zur landesweiten Bewegung entwickelten. Gegen die Proteste wird brutal vorgegangen, doch aufgrund der Instabilität des Regimes schreckt es vor einer vollen Niederschlagung zurück. Unterdrückung von ethnischen Minderheiten und Armut sind

wichtige Themen, aber zentral ist die institutionelle Gewalt gegen Frauen. Diese ist eine tragende Säule des reaktionären Mullah-Regimes, die man nicht einfach „wegreformieren“ kann. Dem gegenüber steht eine junge Generation, die mit aller Entschlossenheit für ihre Rechte kämpft.

Der „Westen“ präsentiert sich zwar als Gegner des Regimes; der Grund sind aber nicht Menschenrechte, sondern wirtschaftliche Interessen. Der wichtigste Grund, warum sie in Opposition zum Mullah-Regime stehen, ist, dass dieses ihnen keinen Zugang zu den Ölquellen des Irans ermöglicht. Zwar wurden nun Konten der „Revolutionsgarden“ eingefroren, aber wirkliche Unterstützung der Bewegung durch die herrschende Klasse des Westens kann und wird es nicht geben.

Doch Solidarität von unten gibt es

international: Die Bewegung inspirierte weltweit Solidaritätsproteste. Wir organisierten in Wien Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmer*innen, aber auch in Kanada, Frankreich, Deutschland und vielen anderen Ländern gab es Proteste. Diese Solidaritätsaktionen sind nicht nur symbolisch – wie bei der „Konferenz der linken Solidaritätsbewegung in Unterstützung der Bewegung im Iran“ am 23.10. in Wien schlagen wir Strategien zum Kampf vor und bieten ein sozialistisch-feministisches Programm an. Außerdem inspirierte die Situation im Iran u.a. Kämpfe von Mädchen und Frauen gegen die Taliban in Afghanistan. Wenn das Regime im Iran fällt, werden die Auswirkungen weltweit enorm sein und können in der Region einen Flächenbrand von Aufständen auslösen.

Weder Mullahs noch Schah!

Warum eine echte Alternative nötig ist

Die Bilder von den Straßen Irans erinnern an die revolutionären Ereignisse der Vergangenheit. Jugendliche tanzen und singen und verbrennen ihren Hidschab. Männer und Frauen marschieren Seite an Seite gegen die Unterdrückung der Frauen. Wenn das Regime die Repression verschärft, spornt es die Massen an. Die Polizeibrutalität treibt die Ölarbeiter*innen in den Streik. Das war die Dynamik im Iran 1979.

von Yasmin Morag

Die Jahrzehnte bis zum Sturz des Schahs waren von Instabilität und massiver Ungleichheit geprägt. Während die Schah-Familie ihren Anteil an der lukrativen Ölindustrie genoss, deren massive Gewinne vom britischen Imperialismus geplündert worden waren, litten die Massen unter extremer Armut. Proteste zwangen die Regierung in den 1950er Jahren, die Ölindustrie zu verstaatlichen. Aber die imperialistischen Geheimdienste intervenierten, um die Herrschaft des Schahs und den imperialistischen Zugriff auf das Öl zu garantieren. Die Unzufriedenheit unter den Arbeiter*innen wuchs. Und mit zunehmender Ungleichheit und Armut wuchsen auch die repressiven Maßnahmen des Regimes mit seinen Geheimdiensten, die versuchten, jede Opposition zu zerschlagen, politische Aktivist*innen folterten und die Bevölkerung terrorisierten.

Das Schah-Regime bedeutete Armut und Terror

Doch Jugendliche, Arbeiter*innen und Linke organisierten sich weiter. 1977 forderten sie in Protesten und illegalen Massendemonstrationen demokratische Rechte und riefen zum Sturz des Schahs auf. Die Arbeiter*innen organisierten sich in Streikkomitees und lokalen Räten, um ihre Aktionen zu koordinieren, und initiierten Massenstreiks in der Industrie. Als protestierende Studierende vom Regime erschossen wurden, antwortete die Bewegung mit einem Generalstreik. Als Tausende von Demonstrant*innen in Teheran massakriert wurden, wurde der Generalstreik ausgeweitet. Die Arbeiter*innen begannen, die Kontrolle

über jene Betriebe zu übernehmen, wo die Bosse aus Angst vor einer Revolution geflohen waren.

Armut, Elend, Ungleichheit, Unterdrückung und vor allem die brutale Ausbeutung durch die herrschenden Eliten, die mit dem westlichen Imperialismus kollaborierten, waren die Grundlage für den Massenwiderstand. Khomeini und die Mullahs (die selbst vom Schah in ihren Privilegien beschnitten worden waren) stellten sich ebenfalls gegen den imperialistischen Einfluss. In den Jahren vor der Revolution konnte sich Khomeini als wichtigster Regimegegner etablieren. Die Mullahs spielten mit einem Netzwerk von 100.000 Moscheen und ihren 180.000 Mitgliedern eine aktive Rolle bei der Organisation und Leitung von Demonstrationen und versetzen Khomeini in die Lage, führend in der Bewegung zu werden. Während Sozialist*innen und Kommunist*innen in den Foltergefängnissen des Schahs starben, waren die Moscheen zu wichtigen Zentren der Opposition geworden, die einen relativ sicheren Raum für Diskussion und Organisation boten. Sie gewannen auch Popularität, da sie materielle Unterstützung boten, wo der Staat versagte. In der breiten Arbeiter*innenklasse musste sich Khomeini einer "linken" Rhetorik bedienen, um die Unterstützung der aufständischen Massen zu gewinnen. Seine Forderung nach einer islamischen Republik bzw. einem unabhängigen Iran wurde von Teilen der Bewegung als Forderung nach einem demokratischen Arbeiter*innenstaat interpretiert, einer Republik für das Volk, in der seine Forderungen erfüllt werden und die Ausbeutung ein Ende findet.

Wo war die Linke?

Obwohl die Mullahs ihre reaktionären Ideen keineswegs verschwiegen, verzichteten linke Kräfte darauf, das offen anzuprangern oder irgendeine Form der Opposition anzubieten. Es gab drei oppositionelle Kräfte zur Linken des Schahs, die über eine bedeutende Basis verfügten: Die Volksmudschahedin, die Volksfedajin und Tudeh, die kommunistische Partei, die hunderttausende Mitglieder und enge Verbindungen zur stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion hatte.

Überall gab es Aufstände, die nach einer Führung verlangten, um die Massen zum Sieg zu führen. Die Mullahs übernahmen diese Führungsrolle während Tudeh einen Schritt zurücktrat. Tudeh und die Mehrheit der Volksfedajin erkannten nicht die historische Aufgabe und Chance, die vor den revolutionären Massen lag - nämlich die Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Sie sahen eine reaktionäre islamische Revolution als notwendige Etappe, bevor eine sozialistische Revolution in Angriff genommen werden könnte. Tudeh und andere



stalinistische Kräfte wollten zuerst den Schah stürzen, egal mit welchen Mitteln. 1979, als das neue Regime bereits gegen Streiks, Arbeiter*innen-Komitees, gegen Frauen und nationale Minderheiten vorging, erklärte Tudeh immer noch öffentlich, dass sie mit Khomeinis Programm einverstanden seien. Ihre Mitglieder wurden nur wenig später von eben jenem Regime, das sie unterstützt hatten, verfolgt und inhaftiert.

Weniger als zwei Monate nach der Rückkehr Khomeinis aus dem Exil gingen 20.000 Frauen auf die Straße, um gegen sein Gesetz zur Hidschab-Pflicht zu protestieren. Das zeigt, wie schwach das Regime noch

Khomeini-Regime baute das vom Schah errichtete Spitzel- und Folter-Netzwerk aus. Es waren die massiven Fehler der Linken im Iran, die die Saat für die erfolgreiche Konterrevolution legten. Fehler, die zu einem der grausamsten Regimes führten.

Die Fehler dürfen wir nicht wiederholen!

Es ist mehr als ein Jahrzehnt her, dass eine revolutionäre Welle über Nordafrika und den Nahen Osten hinwegfegte und eine Initialzündung für weitere revolutionäre Bewegungen legte: Sudan, Weißrussland, Myanmar, Kasachstan, Sri Lanka um nur einige zu nennen. Auch wenn die entsetzlichen

Mädchen und Frauen der Revolution – Am Tag des Sieges wird die ganze Welt sich vor euch verbeugen. Ihr habt allen gezeigt was es bedeutet sich zu erheben und zu wehren....Vorwärts zu einem Streik im ganzen Land!

– aus dem Statement der Haft Tappeh Arbeiter*innen

war, denn diese mutige Reaktion erzwang die Rücknahme des Gesetzes. Erst nach einigen Jahren Repression konnte es eingeführt werden. Wegen der starken Arbeiter*innenbewegung und Unterstützung für sozialistische Ideen war das neue Regime gezwungen, weitere Zugeständnisse zu machen, wie die Verstaatlichung der von den Beschäftigten übernommenen Fabriken.

Die Mullahs versprachen einen höheren Lebensstandard mit kostenlosem Wohnen, Wasser, öffentlichen Verkehrsmitteln und Bildung. Stattdessen bekamen die Menschen Arbeitslosigkeit und Armut – das BIP fiel 1979–87 um 47 % – sowie Unterdrückung und Repression. Das

Arbeits- und Lebensbedingungen, die Unterdrückung von Frauen und nationalen Minderheiten immer und immer wieder die Massen zum Handeln bewegen – das Ergebnis einer revolutionären Bewegung ist niemals garantiert. Mit dem Sturz eines Regimes öffnet sich ein Zeitfenster, das andere, auch reaktionäre Kräfte, füllen können. Die schiere Kraft der Massen reicht zwar, um eine herrschende Elite zu stürzen, aber sie reicht allein nicht aus, um sie durch die Herrschaft der Arbeiter*innenklasse zu ersetzen. Für diese Aufgabe ist es notwendig, schon vorher eine politische Organisation aufzubauen, die sich eben nicht mit diesen reaktionären Kräften verbündet. Eine Kraft, die in der Lage ist, die Kämpfe der Massen zu bündeln und ihnen zu Erfolg zu verhelfen. Die Macht liegt auf der Straße, es geht darum sie zu übernehmen und eine völlig neue Gesellschaft zu errichten, die demokratisch von den Massen in ihrem Interesse geführt wird. Eine Gesellschaft, die nicht nur Grundrechte, wie jenes, sich zu kleiden wie man will, garantiert, sondern auch Essen auf dem Tisch und es im Winter warm zu haben. Eine Gesellschaft, die echte Demokratie, Freiheit von jeglicher Ausbeutung und Ungleichheit, die Wohlstand und Frieden bietet.



**Marx Aktuell:
Permanente
Revolution**

von Sebastian Kugler

“Die Mullahs müssen weg!” schallt es von Teheran bis Toronto. Doch was kommt danach? Vielen, vor allem in Exil und internationaler Solidaritätsbewegung, schwelt als Alternative zur islamischen “Republik” ein Staat nach dem Vorbild bürgerlicher – „westlicher“ – Demokratien vor, zumindest als „erster Schritt“. Das klingt naheliegend – und ist dennoch ein gefährlicher Irrtum. Im Zeitalter der großen demokratischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts hatte das aufstrebende Bürgertum noch ein Interesse daran, Demokratie sowie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit durchzusetzen – es benötigte diese Freiheiten, um seine ökonomische Grundlage, die kapitalistische Produktion, auszuweiten. Seit der Kapitalismus sich jedoch im Weltmaßstab durchgesetzt hat, kann das Bürgertum auf Freiheitsrechte inklusive Rechte für Frauen und LGBTQI+ Personen gut verzichten – im Gegenteil nützen ihm nun politische Entrechtung, Frauen- und nationale Unterdrückung beim Profite machen. Leo Trotzki analysierte anhand der Russischen Revolution 1905, dass das Bürgertum in Russland kein Interesse hatte, wirklich gegen den Zaren zu kämpfen, weil es seinen Platz im kapitalistischen Weltsystem bereits gefunden hatte. Er formulierte die Theorie der „permanenteren Revolution“: Demokratische und soziale Rechte, die früher vom bzw. gemeinsam mit dem Bürgertum erkämpft wurden, können heute nur gegen es erkämpft werden. Das bedeutet auch, dass die Entstehung neuer „westlicher“ Demokratien immer unmöglich wird – besonders in Zeiten vielfacher weltweiter kapitalistischer Krisen, die auch in den bereits existierenden den wirtschaftlichen Spielraum für Sozialstaat, demokratische Rechte und wenn nötig auch Frauenrechte entscheidend einschränken. Trotzkis Analysen sind heute deswegen aktueller denn je: Nicht nur was die Sprengkraft von Frauenunterdrückung angeht, sondern auch, dass demokratische Rechte wie jene von Frauen dauerhaft nur durch eine soziale Revolution, welche die kapitalistische Ausbeutung abschafft, erreicht und gesichert werden können.



„Frau, Leben, Freiheit“: Ein Programm zum Sieg

von Sonja Grusch

Die Zeit für ein Ende des Regimes ist überreif. Die Aktivist*innen lassen sich nicht einschüchtern. Und doch: Die Erfahrung mit vielen revolutionären Erhebungen zeigt: Entschlossenheit reicht nicht, es braucht Programm und Kampfstrategie. Mit Aktivist*innen im Iran und Österreich haben wir Eckpunkte eines Programms entwickelt. Es setzt beim unmittelbaren Auslöser der Proteste an und fordert eine „echte Untersuchung der Morde an Jina (Mahsa) Amini, Nika Shakarami und allen anderen Fällen durch demokratisch gewählte Vertreter*innen der Bewegung“. Das unmittelbarste Ziel ist die körperliche Selbstbestimmung von Frauen. Echte Unabhängigkeit ist untrennbar verbunden mit dem Recht auf Scheidung, Verhütung und Abtreibung, mit vollen LGBTQI+ Rechten, und dem Recht auf einen ordentlich bezahlten Job und sich zu organisieren, in Gewerkschaften und Parteien.

Kampf für Frauenrechte – Kampf für demokratische Rechte

An die staatlichen Verbote hält sich die Bewegung schon lange nicht mehr. Längst bilden sich Aktionsgruppen, Vernetzungen, Komitees etc. Wir schlagen u.a. vor: „Bildung von Versammlungen, um die Selbstverteidigung der Bewegung zu organisieren und die Repression zu beenden.“ Solche Komitees bzw. halblegale gewerkschaftliche Strukturen gibt es schon länger. U.a. die Lehrer*innen,

mehrheitlich Frauen, haben schon zu Beginn der Bewegung zu Streiks aufgerufen. Die Arbeiter*innen in der starken Ölindustrie und der Petrochemie folgten Mitte Oktober. Notwendig ist die „Ausweitung der Streikbewegung zu einem Generalstreik mit einem Programm zur Beendigung aller Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung; Kampf für volle körperliche Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für Frauen und LGBTQI+, für volle Gewerkschaftsrechte, für Lohnerhöhungen über der Inflation, gleichen Lohn, menschenwürdige Arbeitsplätze, Wohnraum und Sozialleistungen für alle, unabhängig von jeglichem religiösen Einfluss.“

Die aktuelle Bewegung stellt die Macht des Regimes in Frage. Vertreter*innen der früheren Schah-Diktatur bieten sich als „Alternative“ an. Natürlich ist jede kleine Verbesserung ein Erfolg, aber die Menschen auf den Straßen fordern zu Recht mehr. Die Lösung kann nicht sein, das alte Regime durch ein neues, bisschen besseres zu ersetzen. „Für eine revolutionäre verfassungsgebende Versammlung, die sich aus Arbeiter*innenräten in den Betrieben und allen demokratischen Kräften in der Bewegung zusammensetzt, unter Ausschluss all jener, die in der Vergangenheit an Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung beteiligt waren, um das Mullah-Regime durch eine demokratische sozialistische Arbeiter*innenrepublik mit vollen Rechten für Minderheiten inklusive dem Recht auf Selbstbestimmung zu ersetzen.“

Macht = politische + wirtschaftliche Macht

Echte demokratische Rechte können nicht von der Frage getrennt werden, wer die wirtschaftliche Macht hat. „Enteignung der ‚Revolutionswächter‘ und ihrer Mitarbeiter, um die Schlüsselsektoren der Wirtschaft unter die Kontrolle der Arbeiter*innen zu bringen.“ muss daher der erste Schritt sein. Gefolgt von der Übernahme der restlichen Wirtschaft – egal ob ausländische Konzerne, iranische Besitzer*innen oder formal im Staatsbesitz – durch die Beschäftigten und Vertreter*innen der Bewegung. Die Inflation galoppiert auch im Iran, die soziale Situation der Bevölkerung ist auch in Folge der westlichen Sanktionen katastrophal. Wir fordern nicht nur ein Ende jener Sanktionen, die die Bevölkerung und nicht das Regime treffen, sondern machen auch klar: „Kein Vertrauen in imperialistische Mächte. Keine Interventionen, sondern Solidarität der Arbeiter*innen; Ausweitung der Bewegung für demokratische und Arbeiter*innenrechte und Religionsfreiheit in der gesamten Region, Beschlagnahme des Auslandsvermögens der Mullahs – und ihrer Verbündeten – unter Arbeiter*innenkontrolle. Solidarität im Westen ist am besten, wenn sie die (Geschäfts-)Partner und Verbündeten des Regimes, die Kapitalist*innen und ihre Regierungen bekämpft.“ Der revolutionäre Prozess im Iran hat gerade erst begonnen, doch er kann zu Umbrüchen in der ganzen Region führen, die den Mittleren Osten von einem Ort des religiösen Fundamentalismus und der Repression zu einem Vorreiter für sozialistische Demokratie macht.

Wie wehren wir uns gegen Rassismus?

von Jan Wottawa

2020 gab es einen Rekord an bei der NGO Zara gemeldeten rassistischen Vorfällen. Rassismus ist allgegenwärtig und ein Problem des Systems. Alltägliche Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe oder Herkunft ist ein wichtiges Thema und der Wunsch vieler "etwas dagegen zu tun" ist groß. Das schlechte Abschneiden des "Black Voices" Volksbegehrens bedeutet nicht, dass es kein Interesse an Thema oder Lösung gibt. Aber es sagt etwas über verschiedene Zugänge aus.

Es ist nicht möglich, ein so tiefgreifendes gesellschaftliches Problem auf persönlicher Ebene zu lösen. Einzelne rassistische Aktionen und Personen kann und soll man anprangern, aber das ist nur ein kleiner Teil der Gesamtsituation. Ähnlich wie es leider auch wenig nachhaltige Veränderung gibt, wenn einzelne rassistische Politiker*innen aus dem Amt entfernt werden. Selbst wenn es auf magische Weise möglich wäre, diskriminierendes Gedankengut aus jeder Person zu entfernen, würden wir immer noch in einem System leben, das in seinen Strukturen rassistisch ist und Rassismus auch braucht.

Wo können wir ansetzen?

Angesichts des staatlichen Rassismus und der Not von z.B. Flüchtlingen ist es absolut verständlich, wenn Menschen helfen wollen. Bewegungen wie Black Voices und #BLM bringen viele Menschen zusammen, die sich fragen, was die nächsten Schritte sind. Manche schlagen "Information und Aufklärung" vor, oder gesetzliche Regelungen, oder organisieren ganz praktisch Hilfe. All das kann in einzelnen Fällen konkrete Verbesserungen erreichen, aber niemals eine endgültige Lösung bieten, da sie immer noch innerhalb des Systems arbeiten.

Die Schwäche einer solchen Hilfe, die Löcher stopft und letztlich an der Oberfläche bleibt, sieht man



Um Rassismus – und auch andere Unterdrückungsformen – zu beseitigen, braucht es das Ende des Kapitalismus. Denn einen Kapitalismus ohne systematischen Rassismus und Sexismus gibt es nicht. Es ist aber auch leicht, sich im Kleinen zu verlieren und "gegen das System" anzukämpfen, ohne wirklichen Plan. Eine Organisation mit internationalem Blick und internationaler Organisierung ist dafür zentral!

Info

leider in der Flüchtlingsbewegung. Der Staat hat große Teile der Aufgaben praktisch auf NGOs reduziert, es hat sich also nichts Greifbares zum Besseren verändert. Trotzdem ist solche konkrete anti-rassistische und Flüchtlings-Arbeit oft der Einstieg in grundlegendere politische Arbeit. Viele Flüchtlingshelfer*innen von 2015/6 sind heute widerständige Beschäftigte im Sozialbereich.

Ansätze bei Polizei, im Betrieb und Organisierung

Die Polizei wird als "Freund und Helfer" präsentiert und es mag sein, dass manche das so sehen. Aber v.a. Migrant*innen machen weniger positive Erfahrungen, das ist keine Überraschung. Manche schlagen vor, hier anzusetzen, bei Verhalten und Stellung der Polizei. Schulungen helfen bestenfalls in Einzelfällen, und selbst wenn einzelne Polizist*innen

persönlich nichts gegen Geflüchtete haben – wird ein Mensch abgeschoben, ist er abgeschoben. Viel wichtiger wären mehr Mittel für Sozialarbeit, für Jugendzentren und v.a. ordentlich bezahlte Jobs auch für Migrant*innen!

Aber auch in Betrieben kommt es oft genug zu Rassismus. Doch der Zusammenhalt zwischen den Kolleg*innen ist das wichtigste Instrument, das wir arbeitenden Menschen haben. Es braucht Gewerkschaften, die ihren Namen auch verdienen, die sich wirklich für die Interessen aller Beschäftigten einsetzen. Die momentanen Gewerkschaftsführungen haben der kapitalistischen (somit rassistischen/chauvinistischen "unsere Leute zuerst") Logik nichts entgegenzusetzen, weil sie keine Alternative zum Kapitalismus haben. Doch diese braucht es.



„Wissen ist Macht“ – eine Illusion?

von Anna Hiermann, Sebastian Kugler und Katja Straka

In der Diskussion um soziale Gleichheit wird oft bessere Bildung als Schlüssel präsentiert. Das ist nachvollziehbar, jedoch nicht die Lösung, die soziale Ungleichheit aufzuheben. Das Bildungssystem ist nämlich selbst Teil und Ausdruck dieser Gesellschaft. Das beginnt damit, dass in Österreich Bildungschancen besonders stark vererbt werden: Nur 7% von Arbeiter*innenkindern beginnen ein Masterstudium – bei Akademiker*innenkindern sind es 25%. Das liegt daran, dass das Schulsystem Kinder bereits mit 10 Jahren (sozial) selektiert. Wer es trotzdem an höhere Bildungseinrichtungen schafft, muss oft neben Schule oder Universität arbeiten und hat so weniger Zeit zum Lernen. Außerdem können sich arme Familien weniger zusätzlichen Unterricht leisten. Das bedeutet, dass von Armut betroffene junge Menschen weniger ihren Talenten und Interessen nachgehen können.

Daran ändert auch die fortschrittlich klingende Kompetenzorientierung nichts, die in allen Bildungsinstitutionen angekommen ist: Schüler*innen sollen möglichst viele verschiedene Kompetenzen erlernen, um am Arbeitsmarkt möglichst flexibel einsetzbar zu sein. Schließlich sind die Zeiten vorbei, wo man in einer Branche bis zur Pension gearbeitet hat. Das liegt am technologischen Fortschritt, aber auch an den zunehmenden Krisen des Kapitalismus. Kompetenzorientierung ist also

nur ein schöner Name für Anpassung an aktuelle Profitinteressen.

Aber auch echte Errungenschaften im Bildungssystem, die die Arbeiter*innenbewegung in der Vergangenheit erkämpft hat, werden innerhalb eines profitorientierten Systems früher oder später wieder zurückgenommen, wenn wieder Profiten zuliebe bei Bildung gekürzt werden muss. So wurde z.B. kürzlich die Anzahl der Kinder in Volksschulklassen wieder erhöht. Und selbst das fortschrittlichste Bildungssystem, wie früher in Schweden, änderte nichts an der systemischen Ungleichheit dort. Das widerlegt die reformistische Illusion der Sozialdemokratie, durch Bildungspolitik auch die Klassengesellschaft aufzuheben: Wir müssen diese überwinden, um uns gute Bildung zu erkämpfen.

Bildung erkämpfen heißt Kapitalismus abschaffen

Wir brauchen eine Gesamtschule, wo alle Schüler*innen individuell gefördert werden. Dazu braucht es mehr Lehrer*innen, Sonderpädagog*innen, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen etc. Nur so kann auch richtige Inklusion gelingen, wo Schüler*innen

mit und ohne besondere Bedürfnisse zusammen lernen. Auch sollten sich Lehrpläne nicht nach den Bedürfnissen von Firmen richten, sondern einerseits Lebenspraktisches und andererseits die individuellen Interessen fördern. Das bedeutet auch, die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit aufzuheben, indem Jugendliche sich berufliche Kenntnisse aneignen, jedoch gleichzeitig z.B. Sprachen erlernen, sich mit Literatur auseinandersetzen können etc. Des Weiteren bedeutet es, die Studienbeihilfe soweit zu erhöhen, dass Studierende sorgenfrei studieren können. Dasselbe gilt auch für Schüler*innen, da auch unter ihnen schon manche nebenbei arbeiten.

Um all das jedoch durchzusetzen, braucht es gemeinsame Kämpfe von Lernenden und Lehrenden. Deswegen sind die aktuellen Streikaktionen in der Freizeitpädagogik und Streikdrohungen in der Elementarpädagogik wichtige Ansatzpunkte. Die Kämpfe für ein komplett anderes Bildungssystem müssen jedoch Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus an sich sein, denn nur dessen Abschaffung kann soziale Gleichstellung und freie Bildung garantieren.

Das Bildungssystem ist eine Institution im kapitalistischen Herrschaftssystem – eine „ideologiefreie Schule“ gibt es deswegen nicht: So startete die EU etwa 2016 eine Initiative zur „Erziehung zu Unternehmerischem Denken und Handeln“

Info

an den Schulen in Europa“, womit der Profitwahn des Kapitalismus ideologisch verschleiert als „Entrepreneurship Education“ in den Lehrplänen verankert wird.

Ukraine-Krieg noch lange nicht vorbei

beide Artikel von Jan Millonig

Mit jedem Tag des Ukraine-Krieges verschärft sich nicht nur das Leid in der Ukraine und dreht sich die Eskalationsspirale weiter Richtung umfassenden Krieg zwischen den zwei Blöcken, sondern auch die fatalen Folgen weltweit. Die Energiekrise trifft die arbeitende und arme Bevölkerung (nicht nur) in Europa hart, vor allem auch, weil die Regierungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftslogik keinen Ausweg bieten.

Weltweit leiden fast eine Milliarde mehr Menschen an Hunger als 2019. „Nicht zuletzt wegen des Ukraine-Kriegs, aber auch als Folge der Klimakrise, der Covid-19-Pandemie, lokaler Konflikte und des Inflations- und Preisdrucks erleben wir aktuell eine dramatische Hungerkrise in vielen Weltregionen“, so ein Vertreter der Caritas. Auch hier ist es kein Naturgesetz, sondern es sind die Folgen des Kapitalismus.

Und es deutet alles darauf hin, dass dieser Krieg noch eine Weile dauern wird. Das russische Militär hat zwar



Foto: Mvs.gov.ua, CC BY 4.0

mit zahlreichen Problemen zu kämpfen, doch schafft es mit seiner Masse der Ukraine zuzusetzen. Doch auch schwerere Waffen vom Westen werden nicht zum schnelleren Sieg der Ukraine führen, sondern die Kämpfe nur intensivieren und die Verluste auf allen Seiten, vor allem der Zivilbevölkerung, noch weiter erhöhen. Das Risiko einer Eskalation des Krieges, einschließlich des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen, ist gestiegen. Die NATO bereitet sich auf einen umfassenderen Krieg vor, auch wenn dieser aktuell nicht das Ziel ist.

Die Schlinge um Putin wird enger. Die (Teil)Mobilmachung hat den Unmut im Land massiv verstärkt. Mehrere hunderttausend Menschen sind

aus dem Land geflohen und viele sind untergetaucht. Die Proteste gegen den Krieg haben trotz der Repression wieder zugenommen. Die niedrige Moral der russischen Truppen spiegelt sich in den Rückzügen in Cherson und Lyman wider.

Daneben kommen Putin langsam die Bündnispartner abhanden. China ist alles andere als glücklich mit dem Vorgehen Putins. Indiens Regierungschef ist ihm, trotz traditionell guten Wirtschafts- und Rüstungsbeziehungen, in den Rücken gefallen. Und wenn das Regime im Iran in Folge der aktuellen Proteste fällt, würde Putin möglicherweise einen seiner engsten Verbündeten verlieren.

Widerstand von unten statt Sanktionen

Die Bewegung im Iran zeigt, wer die Situation tatsächlich verändern kann: die Arbeiter*innenklasse durch Widerstand von unten. Selbst nach einem militärischen Sieg wären weder die Widersprüche zwischen den imperialistischen Interessen gelöst, noch die soziale Misere der Bevölkerung auf beiden Seiten, die die Kriegskosten wird zahlen müssen. Selenksis massive Verschlechterungen im Arbeitsrecht zeigen das. Nur wenn die Menschen in der Ukraine und Russland selbst über die Reichtümer und die Politik entscheiden, ist ein Ausweg im

Sinne der Bevölkerungen möglich.

Internationale Solidarität bedeutet den Widerstand gegen den Krieg in Russland und die Proteste gegen das Regime im Iran zu unterstützen. Genauso wichtig ist es, es der eigenen Klasse so schwer wie möglich machen ihre imperialistische und kriegstreiberische Politik umzusetzen. Das bedeutet gegen die imperialistischen Interessen von österreichischen Firmen in Osteuropa aktiv zu werden, ihre Kürzungspolitik hierzulande zu bekämpfen. Kriegsflüchtlinge und Deserteure (von beiden Seiten)

zu unterstützen, finanziert aus den Profiten der Waffenfirmen. Der aktuelle Skandal rund um österreichische Motoren von Rotax in iranischen Kamikaze-Drohnen, die von Russland in der Ukraine eingesetzt werden, zeigt, dass die „Neutralität“ Österreichs stets Illusion war. Auch die Türkei verbaute diesen Motor in Drohnen, die sie gegen die Kurd*innen in Nordsyrien einsetzten. Dass diese Motoren nicht in unter die Sanktionen fallen, zeigt das diese zwar der Bevölkerung, aber nicht den Profitinteressen schaden.



Woher kommt die reaktionäre Offensive?

von Noah Koinig

Die Rechten gewinnt Wahlen in Italien, Bolsonaro schneidet stark ab, Trump baut seine Kräfte auf – die Rechten scheinen in der Offensive zu sein. Neben Rassismus sind die Zielscheibe meist Frauen und LGBTQI+ Personen. Hierfür gibt es mehrere Gründe, von konservativen Geschlechterrollen, bis hin zu Resourcenmangel und Wirtschaftskrisen.

Als Roe gegen Wade gekippt wurde, haben die Rechten in den USA einen landesweiten Angriff auf das körperliche Selbstbestimmungsrecht gestartet. Und das ist Inspiration für Rechte international. Verschärfte Abtreibungsregeln werden nämlich auch künftig eine Gefahr in Italien sein, nach dem Wahlsieg der rechtsaußen Partei Fratelli d’Italia, die offen gegen Abtreibungen ist. Die Vorsitzende und neue Regierungschefin Meloni spricht sich auch gegen gleichgeschlechtliche Ehe aus und will queeren Personen die Adoption per Verfassungsänderung verbieten.

Was steckt dahinter?

Der Kapitalismus stützt sich gerade in Krisenzeiten auf konservative Geschlechterrollen. In den letzten Jahrzehnten passierte ein starker Ausbruch aus den Rollen durch die Frauenbewegungen und LGBTQI+ Community. Mit der Häufung von wirtschaftlichen Problemen wird das zum Problem fürs kapitalistische System. Da kommen reaktionäre Kräfte und ihre Ideen gelegen, um Frauen und queere Personen wieder in diese Rollen zu stecken.

Warum sind diese Geschlechterrollen so wichtig? Sie senken die Produktionskosten und erhöhen so die Profite. In der Berufswelt sind frauendominierte Branchen die mit der schlechtesten Bezahlung – wenn wegen Krisen gespart werden muss, wird dort zuerst gespart. Unbezahlte Care-Arbeit wird als Frauenerarbeit abgetan. Geschlechterrollen liefern dann eine „Erklärung“, um diese Ausbeutung zu rechtfertigen („Frauen haben angeborene Fähigkeiten und sind deswegen dafür besser geeignet“ etc.). Und LGBTQI+ Personen brechen aktiv diese Geschlechterrollen, weswegen meist Transpersonen besonders zur Zielscheibe werden.

Staaten brauchen Nachwuchs als Arbeitskräfte und Soldat*innen. In China, Russland, Brasilien und den USA geht die Geburtenrate zurück, gerade hier sind Abtreibungsrechte von Angriffen betroffen, um die Geburtenrate anzuheben. Versucht wird mit dieser Offensive auch, reaktionäre (Wähler*innen)-Schichten anzusprechen. Das war so bei Trump. Bolsonaro setzte stark auf die religiöse Rechte und Lula äußerte sich kritisch zu Abtreibung mit dem Ziel der größeren Unterstützung aus diesem Lager.

Widerstand gegen Angriff auf unsere Rechte

Zumindest in manchen Ländern sind Frauen und LGBTQI+ Personen gesetzlich und damit quasi auf Papier gleichberechtigt. In den meisten Ländern ist das nicht der Fall. Doch selbst diese „Gleichberechtigung“ ist nur ein Versprechen,

an das sich nicht gehalten wird. Und dieser Widerspruch führt zu Wut und Enttäuschung und das wird dann mit auf die Straße getragen. Das ist der Grund für die vielen feministischen und queeren Proteste auf der Welt. Und selbst die härteste Repression kann diese auf Dauer nicht stoppen. Das kann man beispielweise im Iran sehen: Begonnen hat es mit Protesten gegen die Sittenpolizei und den Zwangshidschab und auf jede neue Welle von Repression des Regimes antwortet die Bewegung mit noch mehr Widerstand. Das Protestpotential von feministischen und queeren Themen ist groß und ein Grund warum die Herrschenden so brutal dagegen vorgehen mit dem Ziel, es im Keim zu ersticken.

Andererseits ist das aber kein automatischer Prozess: Der Fall von Roe gegen Wade hätte zu Massenprotesten führen können, aber aufgrund der mangelnden Führung und Ablenkung auf die Wahlebene („wählt Demokraten“) durch die Establishment-Feminist*innen waren die Proteste bis jetzt zu schwach.

Genau deswegen ist es wichtig, eine Bewegung aufzubauen, die den Zusammenhang von Kapitalismus und Geschlechterrollen sieht. Diese Analyse zeigt, wie wir bestmöglich gegen diese strukturelle Unterdrückung von Frauen und LGBTQI+ Personen kämpfen können. Der Kapitalismus hat kein Interesse an der Gleichberechtigung von Frauen und LGBTQI+ Personen, sondern profitiert davon. Diese Bewegung braucht ein sozialistisches Programm und muss klar antikapitalistisch sein.

USA: Dane County Abtreibungs- recht erkämpft

von Lukas Kastner

Am 25.9. wurde im Dane County im von den Republikanern regierten US-Bundesstaat Wisconsin der Schutz zum Recht auf Abtreibungen erkämpft. Dies war nicht nur ein wichtiges Ereignis, um das Recht auf körperliche Selbstbestimmung gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes und das 173 Jahre alte Abtreibungsverbot des Bundesstaates durchzusetzen. Es war auch ein Beispiel dafür, wie Mobilisierung von unten erfolgreich sein kann. Inspiriert von Seattle, wo Abtreibungsrechte unter der Führung



der ISA-Stadträtin Kshama Sawant verteidigt wurden, begannen Mitglieder von Socialist Alternative (ISA in den USA) eine Kampagne. Bereits im Mai wurde ein Marsch von 3.000 Menschen auf das Capitol in Maddison organisiert. Im Anschluss organisierte unsere Schwesterorganisation Aktionstreffen, von denen Streiks an 5 Highschools organisiert wurden. Im Juni kam es zu einer Großdemonstration mit 3.500 Teilnehmer*innen.

Socialist Alternative organisierte eine Büro-Besetzung des reaktionären Senators Ron Johnson. Über 2.000 unterzeichneten eine entsprechende Petition. Dass sie von der South Central Federation of Labor unterstützt wurde, zeigt, dass Rechte von Frauen zentrale Anliegen der Arbeiter*innenklasse sind. Dies ist ein Vorbild für alle Kämpfe für Frauenrechte.

socialistalternative.org

Bye, bye, Mrs. Britain Prime

von Margarita Wolf

Nach nur 45 Tagen verabschiedet sich Liz Truss aus der Nummer 10 in der Downing Street. Ein Ausdruck der tiefen Krise, in der sich das kapitalistische Mutterland Großbritannien befindet. Sie wollte mit den Tories hart durchgreifen und die Auswirkungen der weltweiten Krisen auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen. Als Hardlinerin und in den „besten“ Traditionen von Thatcher wollte sie die Arbeiter*innenbewegung in die Schranken weisen. Die 56. Premierministerin ist Geschichte, die Streiks gehen weiter. Die Sozialistische Alternative in England/Schottland/Wales fordert dazu auf, die Streiks auszuweiten und mit Hilfe eines Generalstreiks Neuwahlen durchzusetzen.

Mit Rishi Sunak kommt ein Mann an die Macht, der mehr Reichtum

besitzt als der britische König. Die Vorzeichen stehen auf Privatisierung, Kürzungen und Steuererhöhungen - Umverteilung von unten nach oben. Die Arbeiter*innenklasse kämpft seit Monaten mit Streiks und Demonstrationen unter dem Banner „Enough is Enough“ („Es reicht“) gegen die steigenden Preise an, und fordert massive Lohnerhöhungen. Einzelne Erfolge wurden bereits erzielt, Lohnabschlüsse mit 15% besiegt. Socialist Alternative unterstützt die Streikenden und ist mittendrin beim Organisieren von Streiks in Schlüsselbereichen wie Royal Mail. Dabei diskutieren wir mit den Beschäftigten über Forderungen und wie der Kampf weitergehen kann. Doch der Kampf muss weiter gehen. Die Socialist Alternative macht klar:

„Während wir dafür kämpfen, die Tories aus dem Amt zu drängen, müssen wir in die Offensive gehen, um die

Veränderung zu erzwingen, die wir auch unter einer Labour-Regierung brauchen. Dazu gehört auch der Aufbau einer neuen linken Kampfpartei, die den Protesten von Arbeiter*innen, jungen Menschen, Frauen, Flüchtlingen und all jenen, die sich wehren wollen, einen politischen Ausdruck verleihen kann. Dazu gehört auch, dass wir eine Organisation aufbauen müssen, die den Kampf gegen die kapitalistische Krise und für einen revolutionären Wandel führen kann, um die Wirtschaft aus den Händen der Superreichen zu nehmen und das Chaos des Marktes zu beenden. Die Sozialistische Alternative steht für genau das.“

socialistalternative.info



Teil 9 der Artikelserie: Geschichte der österreichischen Arbeiter*innenbewegung

SPÖ verbürgerlicht, FPÖ gewinnt

von Oliver Giel

Spätestens seit den 1990er Jahren hat die einst starke Arbeiter*innenbewegung in Österreich keine Partei mehr, während die extreme Rechte mit der FPÖ von 5-6% auf über 25% explodierte. Der Aufstieg der FPÖ hängt eng mit der Verbürgerlichung der SPÖ zusammen. SPÖ und ÖGB waren stets tief in der herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verhaftet. Das bedeutete, „das bestmögliche“ für die Arbeiter*innen zu erreichen, sich aber im Zweifelsfall auf die Seite von Staat, Regierung und Unternehmen zu stellen. Diese Anpassung an die kapitalistischen Notwendigkeiten bekam Ende des 20. Jahrhunderts eine neue Qualität.

Von 700.000 Mitgliedern (1970er) auf knappe 100.000

Die SPÖ „verbürgerlichte“. Sie wurde aus einer Partei der Arbeiter*innen, die durch Reformen den Kapitalismus überwinden wollte – oder zu wollen vorgab – zu einer bürgerlichen Partei, die den Staat „besser“ verwälten wollte. Das lag im wirtschaftlichen und politischen Rahmen: Profitables Wirtschaften wurde schwieriger, die Durchsetzung neoliberaler Politik, die dem Kapital neue Investitionsmöglichkeiten erschloss, wurde nötig. Eine SPÖ, die nicht mit den Grundsätzen der Konkurrenz und Profitlogik brechen will, muss sich zwangsläufig diesen Sachzwängen beugen. Hinzu kam der Zusammenbruch des Stalinismus 1988–94 und damit das Wegfallen einer Systemkonkurrenz.

Die Verbürgerlichung umfasste alle sozialdemokratischen Parteien, verkörpert durch Schröder in Deutschland, Blair in Britannien, Vranitzky in Österreich, unter dem aus der „Sozialistischen Partei“ die „Sozialdemokratische Partei“ wurde. Gerade in Österreich aber wurde diese Entwicklung durch die in Jahrzehnten der „Sozialpartnerschaft“ passiv gehaltene Basis noch befördert, ohne, dass es zu größeren Auseinandersetzungen kam. Eine der wenigen Ausnahmen war Opposition aus den Reihen der SPÖ-Jugendorganisation SJ, unter anderem gegen den Beitritt zum kapitalistischen Großprojekt EU. Federführend dabei Aktivist*innen die – nachdem sie wegen ihrer sozialistischen Opposition ausgeschlossen worden waren – später die SLP, heute ISA gründeten.

Die SPÖ betrieb Politik gegen die Arbeiter*innen und so verließen diese sie zu hunderttausenden. Es fehlt an Jugendlichen, an Aktiven, an Leben in der SPÖ, Frauen- und Umweltbewegung gingen an der SPÖ vorbei. Die Passivität, auch der Gewerkschaften, die sich immer noch an die inzwischen bürgerliche SPÖ ketten, bedeutete, dass Opposition gegen Sozialabbau und Privatisierungen keinen organisatorischen Ausdruck fand.

Die FPÖ wird stärkste rechtsextreme Partei Europas

Mit der Privatisierungswelle ab den 1980ern und den Sparpaketen der 1990er Jahre wurde die SPÖ eine Partei wie jede andere. 1986 war Haider an die Spitze der FPÖ gelangt. Der nationalistische

Flügel, der seit Gründung integraler Bestandteil der FPÖ war, war weiter führend. Aber unter Haider konnte sich die FPÖ das Image aufbauen, eine neue Partei für „uns’re Leut“ zu sein. Zwar war die FPÖ (ursprünglich als erste für einen EU-Beitritt) damals die Speerspitze des Neoliberalismus in Österreich, konnte aber gleichzeitig ihre Politik als einen Angriff auf den „schwarz-roten Filz“ in Staat, Verwaltung und Verstaatlichter verkaufen. Zentrales Element der FPÖ war von jeher Rassismus. Der jahrzehntelange Nationalismus von SPÖ und ÖGB, die Verbesserungen für die „eigenen“ Leute erreichen wollten und sich dabei auch auf rassistische Gesetze stützen, legte dafür eine Basis.

Was seit Jahrzehnten fehlt, ist eine echte Arbeiter*innenpartei. Die SPÖ ist es längst nicht mehr und alle Versuche, sie zurückzugewinnen sind kläglich gescheitert, die FPÖ war nie eine. Das von der SPÖ hinterlassene Vakuum konnte teilweise die FPÖ mit ihrer pseudo-sozialen Rhetorik füllen. In den 1980ern entstanden mit Anti-AKW und Öko-Bewegung die Alternativen Listen Österreich und später die Grünen. Eine neue Partei für Arbeiter*innen waren sie nicht, sondern sind schnell nach rechts gegangen. Heute steht die Arbeiter*innenklasse vor einer ähnlichen Aufgabe wie an ihren Anfängen: Eine eigene Organisation, unabhängig von Staat und Kapital, die alle vertritt, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Nationalität aufzubauen, eine Organisation, die auf Grundlage eines sozialistischen Programms einen kompromisslosen Kurs einzig für die Interessen der Arbeiter*innenschaft fährt.

ISA



INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

WOFÜR
WIR
STEHEN

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Vorwärts-Abo: 24€ | Sozial-Abo: 14€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

VORWÄRTS
ABONNIEREN!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 307 | 11/2022 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€



von der Pflege bis zur Industrie

Wir sind
STREIKBEREIT!
für höhere Löhne & Arbeitszeit.

GEMEINSAM STREIKEN!

AUS DEM INHALT

» **Unbezahlte Lehrer*innen**, Rekord-erhöhungen bei Mieten und Energie – Wien ist schon lange nicht mehr „anders“ **Seite 5**

» Der **Ukraine-Krieg** wird so bald nicht vorbei gehen. Auch seine Folgen bleiben und können dramatisch sein **Seite 15**

» Die **Teuerung** galoppiert – warum auf die Regierung kein Verlass ist und die Gewerkschaft endlich kämpfen muss **Seite 3**